



**Geschäftsführung
Ausschuss für Umwelt und Grün**

Frau Bültge-Oswald

Telefon: (0221) 221-23702

E-Mail: barbara.buelte-oswald@stadt-koeln.de

Datum: 22.10.2019

Niederschrift öffentlich

über die **Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün** in der Wahlperiode 2014/2020
am Donnerstag, dem 10.10.2019, 16:00 Uhr bis 17:48 Uhr,
Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Rafael Christof Struwe	SPD	
Frau Katharina Welcker	CDU	
Herr Wilfried Becker	SPD	
Herr Dietmar Ciesla-Baier	SPD	stellvertretend für Herrn Walter
Frau Polina Frebel	SPD	
Herr Stefan Götz	CDU	
Herr Dr. Walter Gutzeit	CDU	
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU	
Herr Gerhard Brust	GRÜNE	
Herr Robert Schallehn	GRÜNE	
Frau Ursula Schlömer	GRÜNE	
Frau Güldane Tokyürek	DIE LINKE	stellvertretend für Frau Akbayir
Herr Dr. Rolf Albach	FDP	

Beratende Mitglieder

Herr Matthias Büschges	Auf Vorschlag der AfD-Fraktion
Frau Lisa Hanna Gerlach	BUNT
Frau Barbara Albat	SPD
Herr Dietmar Donath	auf Vorschlag der SPD
Herr Dr. Volker Ermet	auf Vorschlag der Grünen
Herr Sönke Geske	SPD
Herr Helmut Jung	CDU
Frau Elisabeth Lange	auf Vorschlag der Fraktion Die Linke.
Frau Prof. Dr. rer. nat. Anna von Mikecz	auf Vorschlag der Grünen
Herr Stephan Wieneritsch	FDP
Herr Dr. Johannes Zischler	auf Vorschlag der CDU

Herr Bezirksbürgermeister Reinhard Zöllner CDU
Herr Frank Feles auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Katharina Reiff Seniorenvertretung der Stadt Köln

Verwaltung

Herr Beigeordneter Dr. Harald Rau Beigeordneter des Dezernates V - Soziales, Umwelt, Gesundheit, Wohnen
Frau Christina Brammen-Petry Umwelt und Verbraucherschutzamt
Herr Manfred Kaune Leiter des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen
Herr Konrad Peschen Leiter des Umwelt- und Verbraucherschutzamtes

Schriftführerin

Frau Barbara Bültge-Oswald Umwelt- und Verbraucherschutzamt

Gäste

Frau Kristina Joachim Untere Naturschutzbehörde zu TOP C
im Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Herr Sönke Geske Vertreter der Biologischen Station zu TOP C
Leverkusen - Köln
Frau Petra Rinnenburger Gebäudewirtschaft der Stadt Köln zu TOP 1.1 ff,
und 4.1.2
Herr Till Sitzmann Stadtplanungsamt zu TOP 1.3.1
Frau Leonore Overberg Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR zu TOP 4.1.8
Herr Markus Bouwman Amt für Landschaftspflege und Grünflächen zu TOP 7.10

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Karl-Heinz Walter SPD
Frau Hamide Akbayir DIE LINKE

Beratende Mitglieder

Herr Tobias Scholz GUT
Herr Matthias Pergande FDP
Herr Nebil Bayrakçioğlu GK

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Dr. Gerhard Haider Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Eugen Litvinov

Verwaltung

Herr Dr. Joachim Bauer Amt für Landschaftspflege und Grünflächen
Frau Anke Ludwig Dezernat Soziales, Umwelt, Gesundheit, Wohnen

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende RM Herr Struwe begrüßt alle Anwesenden aus Politik und Verwaltung sowie alle Gäste zur Sitzung des Ausschusses Umwelt und Grün / Betriebsausschusses Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt Köln. Anschließend macht er auf die Zu- und Absetzungen der Tagesordnungen sowie auf die anwesenden Gäste in beiden Ausschüssen¹ aufmerksam.

Die Anfragen unter TOP 1.2 und 1.5 im AUG werden in der nächsten Sitzung beantwortet.

Zu TOP 4.2.1 liege ein Vorschlag eines Bürgers / einer Bürgerin zur Durchführung einer Öffentlichkeitsbeteiligung und eine Stellungnahme der Verwaltung als Tischvorlagen vor.

Die Vorschläge zur aktuellen Tagesordnung finden allgemeine Zustimmung. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgebracht.

Der Ausschussvorsitzende stellt beide so geänderten Tagesordnungen zur Abstimmung. Diese werden einstimmig angenommen, so dass sich im Ausschuss Umwelt und Grün folgende Tagesordnung ergibt:²

¹ s. Anwesenheitsliste S. 2 der jeweiligen Niederschrift

² Tagesordnung Betriebsausschuss siehe Niederschrift Betriebsausschuss

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln

B Gleichstellungsrelevante Themen

C Vorstellung der Offenlandpflege im NSG Am Hornpottweg durch die Biologische Station Leverkusen - Köln und Frau Joachim von der Unteren Naturschutzbehörde

**7.10 Bewirtschaftung des städtischen Waldes 2019/2020
3326/2019**

und

**Vortrag „Zustand des Kölner Waldes nach der Dürre 2018 und 2019“
durch Herrn Bouwman vom Amt für Landschaftspflege und Grünflächen**

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

1.1 Anfrage der SPD-Fraktion
betreffend
Verwendung von Papierhandtüchern bei der Stadt Köln– Wurden Alternativen unter ökologischen und wirtschaftlichen Aspekten untersucht?
AN/1310/2018

1.1.1 Erste Beantwortung der Anfrage
0115/2019

1.1.2 Zweite Beantwortung der Anfrage
2255/2019

1.2 Anfrage der Ratsgruppe BUNT
betreffend
Gebühren für ordnungswidriges Wegwerfen – plant auch Köln eine Erhöhung?
AN/0631/2019

1.3 Anfrage der Ratsgruppe GUT
betreffend
Rather See - Umwelt schützen!
AN/0934/2019

- 1.3.1 Beantwortung der Anfrage
"Rather See – Umwelt schützen!" Anfrage der Ratsgruppe GUT vom
24.06.2019
3365/2019
- 1.4 Anfrage der FDP-Fraktion
betreffend
Digitalisierung und Umweltbildung: QR-Code statt Infotafel?
AN/1073/2019
- 1.4.1 Beantwortung der Anfrage
Digitalisierung und Umweltbildung: QR-Code statt Infotafel?
3352/2019
- 1.5 Gemeinsame Anfrage von SPD-Fraktion und Fraktion Die Linke
Gesundes und klimagerechtes Wohnen in Köln – Wo steht Köln auf dem Weg
zur „Klimawandelgerechten Metropole“?
AN/1161/2019
- 2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung**
- 3 Kommunaler Klimaschutz**
- 3.1 SmartCity Memorandum of Understanding
3422/2019
- 4 Allgemeine Beschlussvorlagen**
- 4.1 Allgemeine Beschlussvorlagen (Vorberatung)**
- 4.1.1 Abschlussbericht „Wie inklusiv ist das Quartier?“ und Kriterienkatalog für barrierefreie und generationengerechte Wohnquartiere
1851/2019
- 4.1.2 Schaugewächshaus im Botanischen Garten – Kostenfortschreibungsbeschluss gemäß § 13 Abs. 4 Satz 2 der Betriebsatzung der Gebäudewirtschaft in Verbindung mit § 16 Abs. 5 Satz 1 der Eigenbetriebsverordnung NRW (EigVO NRW)
1850/2019
- 4.1.3 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2019 - Stadtbezirk Ehrenfeld
3005/2019
- 4.1.4 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2019 - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer im Stadtbezirk Mülheim
3185/2019

- 4.1.5 Konzept "Essbare Stadt"
3117/2019
- 4.1.6 Satzung der Stadt Köln zur Erhebung von Verwaltungsgebühren für die Kontrolle von Einfuhren von tierischen Produkten jeder Art aus nicht EU-Ländern nach EU-Recht
3218/2019
- 4.1.7 Sürther Feld in Köln-Rodenkirchen - Ausbau der öffentlichen Grünflächen im 2. BA
2677/2019
- 4.1.8 Stadtentwässerungsbetriebe Köln (StEB), AöR: Abwassergebührensatzung 2020
3395/2019

4.2 Allgemeine Beschlussvorlagen (Entscheidung)

- 4.2.1 Umbau und Erweiterung des denkmalgeschützten Bahnhof Belvedere zu einer öffentlichen Begegnungsstätte, Belvederestr. in Köln-Müngersdorf, LB 3.04 "Parkrest von Haus Belvedere und Gehölzbestände an der Waldschule in Müngersdorf"; L11 Äußerer Grüngürtel, Nüssenberger Busch bis Müngersdorf" hier: Widerspruchsverfahren nach § 75 LNatSchG i.V.m. § 67 BNatSchG
2973/2019

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

7 Mitteilungen

- 7.1 Überprüfung des Kölner Grundwassers auf Pflanzenschutzmittel
2263/2019
- 7.2 Mitteilung zum Sachstand der Stilllegungsmaßnahme der Altdeponie "Linder Mauspfad" in Köln Porz-Lind
2542/2019
- 7.3 Forsteinrichtungswerk für den Waldbesitz der Stadt Köln
Flächenkonzept Referenzflächen
hier: Benennen von Flächen für eine ungelenkte Sukzession
2848/2019
- 7.4 Sachstandsbericht "Starke Veedel - Starkes Köln"
2933/2019
- 7.5 Betreuter Taubenschlag für das Pilotprojekt am Hansaring
3211/2019

- 7.6 Bürgereingabe nach § 24 GO - "Kommunaler Insektenschutz"
3216/2019
- 7.7 Beantwortung der SPD Anfrage AN/1057/2019 zum Ausbau Godorfer Hafen
3027/2019
- 7.8 Sachstand der Umsetzung zum Beschluss AN/0076/2018 "Bienenfreundliches Köln"
3324/2019
- 7.9 Fortschreibung des Landschaftsplans Köln (12. Änderung)
Überarbeitung der allgemeinen textlichen Festsetzungen für Schutzgebiete
hier: erneute öffentliche Auslegung
3201/2019
- 7.10 Bewirtschaftung des städtischen Waldes 2019/2020
3326/2019

Dieser Punkt wurde zusammen mit dem Vortrag von Herrn Bouwman hinter TOP C gesetzt.

8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

9 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

11 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

12 Allgemeine Beschlussvorlagen

13 Vergaben

14 Mitberatung von Planungsvorlagen

15 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

16 Mitteilungen

17 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

18 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A **Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern und Einwohnerinnen / Einwohnern gemäß § 5 der Hauptsatzung der Stadt Köln**

Hierzu liegt nichts vor.

B **Gleichstellungsrelevante Themen**

Hierzu liegt nichts vor.

C **Vorstellung der Offenlandpflege im NSG Am Hornpottweg durch die Biologische Station Leverkusen - Köln und Frau Joachim von der Unteren Naturschutzbehörde**

Frau Joachim und Herr Geske stellen im Rahmen einer PowerPoint-Präsentation die Offenlandpflege im NSG Am Hornpottweg – ein Gemeinschaftsprojekt der Stadt Köln zusammen mit der Biologischen Station Leverkusen – Köln, vor.³

Durch eine Erhöhung der Fördermittel für die Biologische Station sei das Projekt ermöglicht worden.

Anschließend beantworten sie Fragen der Ausschussmitglieder.

SB Herr Dr. Albach begrüßt, dass zu den Galloway-Rindern jetzt auch eine Beweidung mit Wasserbüffeln durchgeführt werde. Er fragt, ob und wie die Öffentlichkeitsarbeit vor Ort organisiert werde. Der Wanderweg um das Gebiet werde durch die Öffentlichkeit intensiv genutzt.

Frau Joachim und Herr Geske antworten, dass dort bereits ein Zaun mit Hinweisschildern vorhanden sei. Dieser solle weiter nach innen gesetzt werden.

Die bisherigen Maßnahmen seien gut angenommen worden, so dass nicht so ein starker Druck auf das eingezäunte Gebiet ausgeübt werde, wie in anderen Naturschutzgebieten in Köln. Die Öffentlichkeit sei vielmehr am Naturschutz in diesem Gebiet interessiert. Auch habe man eine Pressemitteilung vorbereitet.⁴

Herr Peschen ergänzt, dass man überlege, ab einem gewissen Entwicklungsstand eine Bürgerversammlung durchzuführen und die Maßnahmen vor Ort zu erklären.

Ausschussvorsitzender RM Herr Struwe dankt Frau Joachim und Herrn Geske für die ansprechende Präsentation.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Präsentation und die Ausführungen von Frau Joachim, Herrn Geske und Herrn Peschen zur Kenntnis.

³ Die Folien des Vortrags sind der Niederschrift als Anlage beigefügt und im Ratsinformationssystem eingestellt.

⁴ <https://www.stadt-koeln.de/politik-und-verwaltung/presse/mitteilungen/21085/index.html>

7.10 Bewirtschaftung des städtischen Waldes 2019/2020 3326/2019

und

Vortrag „Zustand des Kölner Waldes nach der Dürre 2018 und 2019“ durch Herrn Bouwman vom Amt für Landschaftspflege und Grünflächen

Der Leiter des Sachgebietes „Forst“ beim Amt für Landschaftspflege und Grünflächen, Herr Bouwman, verdeutlicht im Rahmen einer PowerPoint-Präsentation, welche Schäden im Kölner Wald nach 2 Jahren Dürre in 2018 und 2019 entstanden sind ⁵ und welche Maßnahmen nach der letzten Dürre unternommen werden.

Vorteilhaft sei die Baumartenzusammensetzung des Kölner Waldes, da er ein artenreicher Mischwald sei, in dem mehr als 50 verschiedene Baumarten wachsen und der nur eine geringe Anzahl an Fichten aufweise.

Im Anschluss daran beantwortet Herr Bouwman Fragen der Ausschussmitglieder.

Er führt aus, dass die Fichten unter dem Aspekt des Naturschutzes durchaus wertvoll seien. Gerade im Bereich Mutzbach habe man Edellaubholz und dieses Gebiet als Naturwaldentwicklungsfläche ausgewiesen, so dass dort keine forstlichen Maßnahmen mehr unternommen werden.

Er informiert darüber, dass so, wie 2018 auch in diesem Jahr keine planmäßigen Durchforstungen durchgeführt werden. Es werde nur noch dort durchgeforstet, wo es aufgrund der Vitalitätseinschätzung notwendig sei. Als Beispiel nennt er Roteichenbestände.

Er betont, dass ein erhöhter Aufwand für Verkehrssicherungsmaßnahmen auch zu erhöhten Kosten führen werde. Konnte man früher von Beträgen unter 100.000 Euro ausgehen, lag der finanzielle Aufwand 2018 bei 120.000 Euro und jetzt bereits bei 140.000 Euro. Diese Maßnahmen können nur mit Hubsteigern durchgeführt werden, die man von Fremdfirmen mieten müsse.

Aus rein betriebswirtschaftlicher Sicht seien natürlich 7.000 Festmeter Fichtenholz, die vom Borkenkäfer gefressen wurden – bei einem Wert von 100 Euro pro Festmeter (vor dem Sturm) – ebenfalls ein beträchtlicher Schaden.

Allerdings müsse hier letztendlich der ökologische Wert mit eingerechnet werden.

Der Ausschussvorsitzende dankt Herrn Bouwman für seinen interessanten Vortrag.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Ausführungen von Herrn Bouwman und die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis

⁵ Die Folien des Vortrags sind der Niederschrift als Anlage beigelegt und im Ratsinformationssystem eingestellt.

1 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung sowie deren Beantwortung

**1.1 Anfrage der SPD-Fraktion
betreffend**

**Verwendung von Papierhandtüchern bei der Stadt Köln – Wurden Alternativen unter ökologischen und wirtschaftlichen Aspekten untersucht?
AN/1310/2018**

**1.1.1 Erste Beantwortung der Anfrage
0115/2019**

**1.1.2 Zweite Beantwortung der Anfrage
2255/2019**

Frau Rinnenburger beantwortet die mündliche Anfrage von Herrn Becker aus der letzten Sitzung ebenfalls mündlich.

Die Verwaltung habe die in der Mitteilung mit der Vorlagen-Nummer 2255/2019 genannten Möglichkeiten der Händetrocknung, und zwar durch Einbau von Papierrollenspendern mit Einzelblattnahme oder den Einsatz von Kaltlufthändetrocknern, in die gerade in der Aktualisierung befindlichen Bau-, Qualitäts- und Ausstattungsstandards aufgenommen.

Die Nutzerdienststellen werden im Vorfeld hinsichtlich der Ausstattungsstandards beraten. Dabei sei insbesondere zu beachten, ob und welche Art der Händetrocknung in den Sanitärbereichen aus baufachlicher Sicht beziehungsweise aus Platzgründen möglich sei.

Darüber hinaus sei der Betrieb von Kaltlufthändetrocknern mit Geräuschemissionen verbunden und eine Nutzung in städtischen Gebäuden nur für nicht sensible Bereiche geeignet. Eine pauschale Favorisierung werde aus vorgenannten Gründen nicht vorgenommen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Frau Rinnenburger zur Kenntnis.

**1.2 Anfrage der Ratsgruppe BUNT
betreffend**

**Gebühren für ordnungswidriges Wegwerfen – plant auch Köln eine Erhöhung?
AN/0631/2019**

Herr Peschen informiert darüber, dass die Stadt eine Erhöhung plane. Dies wurde bereits in der Diskussion über weggeworfene Zigarettenkippen verdeutlicht. Jetzt beabsichtige die Umweltverwaltung, verschiedene andere Sachverhalte, wie das Wegwerfen von Gegenständen, Verpackungsmaterial, Speiseresten, Renovierungsabfällen, Fahrzeugbatterien und anderen Dingen erhöht mit Strafgeldern zu belegen. Dies müsse noch mit der Ordnungsverwaltung abgestimmt und synchronisiert werden.

Die dezidierte Darstellung und schriftliche Beantwortung erfolge zur nächsten Sitzung.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die Ausführungen von Herrn Peschen zur Kenntnis.

**1.3 Anfrage der Ratsgruppe GUT
betreffend
Rather See - Umwelt schützen!
AN/0934/2019**

**1.3.1 Beantwortung der Anfrage
"Rather See – Umwelt schützen!" Anfrage der Ratsgruppe GUT vom
24.06.2019
3365/2019**

Herr Sitzmann informiert über das Bebauungsplanverfahren, das unter anderem zwei Öffentlichkeitsbeteiligungen beinhaltet. Bei letzterer, der sogenannten Offenlage, werden alle Unterlagen, wie der B-Plan, die Erläuterungen, alle herangezogenen Gutachten, insbesondere Umweltgutachten, im Stadtplanungsamt für 4 Wochen offen gelegt. Die Offenlage werde in der Presse bekannt gegeben.

Üblicherweise erfolge danach der Satzungsbeschluss, der zur Rechtskraft des Bebauungsplans führe.

Da der Landesbetrieb Wald und Holz noch eine Eingabe gemacht und für den Wegfall von Bäumen im Zusammenhang mit dem Bau des Hauptparkplatzes eine Kompensation in Form von Aufforstung gefordert habe, kommen der Grundstückseigentümer und der Vorhabenträger dieser Forderung nach.

In der Folge wurde der Bebauungsplan um diese Gehölzflächen angepasst und in Kürze werde eine zweite Offenlage stattfinden. Die Öffentlichkeit könne sich dann innerhalb von 4 Wochen über die Änderung des Bebauungsplanes informieren. Auch der landschaftspflegerische Fachbeitrag und die Artenschutzgutachten werden zur Einsicht offengelegt.

Anschließend werde im Laufe des nächsten Jahres der Satzungsbeschluss erfolgen, öffentlich bekannt gemacht und dann kann der Vorhabenträger die Bauanträge einreichen und die Vorhaben umsetzen.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Beantwortung der Verwaltung und die Ausführungen von Herrn Sitzmann zur Kenntnis.

**1.4 Anfrage der FDP-Fraktion
betreffend
Digitalisierung und Umweltbildung: QR-Code statt Infotafel?
AN/1073/2019**

**1.4.1 Beantwortung der Anfrage
Digitalisierung und Umweltbildung: QR-Code statt Infotafel?
3352/2019**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Beantwortung der Verwaltung zur Kenntnis.

**1.5 Gemeinsame Anfrage von SPD-Fraktion und Fraktion Die Linke
Gesundes und klimagerechtes Wohnen in Köln – Wo steht Köln auf dem
Weg zur „Klimawandelgerechten Metropole“?
AN/1161/2019**

Die Beantwortung erfolgt zur nächsten Sitzung.

2 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung

Hierzu liegt nichts vor.

3 Kommunaler Klimaschutz

**3.1 SmartCity Memorandum of Understanding
3422/2019**

SB Herr Becker bittet, die Mitteilung in der nächsten Sitzung noch mal auf die Tagesordnung zu nehmen, weil sie relativ kurzfristig eingegangen und umfangreich sei.

Es erhebt sich kein Widerspruch, sodass die Mitteilung auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung am 28.11.2019 genommen wird.

4 Allgemeine Beschlussvorlagen

4.1 Allgemeine Beschlussvorlagen (Vorberatung)

**4.1.1 Abschlussbericht „Wie inklusiv ist das Quartier?“ und Kriterienkatalog
für barrierefreie und generationengerechte Wohnquartiere
1851/2019**

RM Frau Welcker meldet für die CDU-Fraktion Beratungsbedarf an und bittet, die Vorlage in die nächste Sitzung zurückzustellen.

Die übrigen Ausschussmitglieder sind mit der Zurückstellung der Vorlage einverstanden.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün stellt die Beschlussvorlage zurück in seine nächste Sitzung am 28.11.2019.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.1.2 Schaugewächshaus im Botanischen Garten – Kostenfortschreibungsbeschluss gemäß § 13 Abs. 4 Satz 2 der Betriebsatzung der Gebäudewirtschaft in Verbindung mit § 16 Abs. 5 Satz 1 der Eigenbetriebsverordnung NRW (EigVO NRW) 1850/2019

Frau Rinnenburger verweist zunächst auf Seite 2 des Sachstandsberichtes (Anlage 2), in dem unter Punkt 4. die Risiken aufgeführt seien. Sie erläutert die rot markierten Risiken und weist im Zusammenhang mit der Marktgängigkeit auf das Problem hin, bei der Haustechnik Firmen zu finden. Zur Risikominimierung werde man diese Leistungen bereits 9 Monate vor Beginn der Arbeiten ausschreiben.

Anschließend geht Frau Rinnenburger detailliert auf den Hauptgrund der aktuellen Beschlussvorlage zur Kostenfortschreibung ein. Sie verweist auf Seite 3 der Vorlage sowie auf Anlage 1, wo die Mehrkosten im Einzelnen zusammengestellt seien und begründet eingehend die Erhöhung des Kostenrahmens.

Wichtig sei, dass die erbetene Kostenerhöhung nicht bedeute, dass das Projekt diese Höhe erreichen werde, sondern dass es darum gehe, in Abstimmung mit dem Vergabe- und dem Rechnungsprüfungsamt Risikozuschläge, also einen Puffer einzubauen. Ergänzt habe man diesen Risikopuffer um zu erwartende Baupreissteigerungen, die die Stadt eventuell noch in anderen Vergaben zu erwarten habe.

SB Herr Becker meldet für die SPD-Fraktion Beratungsbedarf an und bittet, die Vorlage ohne Votum in die weiteren Gremien zu verweisen. Er möchte wissen, weshalb Risikopuffer im Rahmen des öffentlichen Haushaltsrechtes möglich sind, obwohl er anderes gehört habe.

RM Frau Welcker ist namens der CDU- Fraktion mit der Verweisung ohne Votum einverstanden. Man nehme die Kostensteigerungen am Markt zur Kenntnis und wisse, dass seitens der städtischen Gebäudewirtschaft viel getan werde, um die Kosten möglichst gering zu halten. Insofern sei man von der Beschlussvorlage nicht begeistert, stimme ihr aber zu.

SB Herr Dr. Albach fragt, ob sich Synergien ergeben, wenn man das Nachbarhaus in die Planung mit einbeziehe.

Frau Rinnenburger informiert darüber, dass der Rat vor 3 Jahren Risikozuschläge im Zusammenhang mit den Schulbaumaßnahmen genehmigt habe. Das Bundes- und Landeshaushaltsrecht und das daraus resultierende kommunale Haushaltsrecht sehen zwar keine Risikozuschläge vor. Allerdings gehe dies an der tatsächlichen Entwicklung am Markt und an der Lebensrealität vorbei. Von der ersten Kostenschätzung bis zur Abrechnung, wenn das Haus stehe, sei eine höchststrichterlich anerkannte Abweichung von 50 % zulässig. Die städtische Gebäudewirtschaft lege 10 % zugrunde, weil dies die Kostenmarge sei, bei der man einen Mehrkostenbeschluss benötige.

Synergieeffekte habe man in diesem Fall keine, weil es sich hier um einen Neubau und im Nachbarhaus um eine Sanierung handle und der zweite Bauabschnitt nicht direkt von Anfang an mitgeplant worden sei.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.1.3 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2019 - Stadtbezirk Ehrenfeld 3005/2019

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beschließt, einen Teil der vom Rat im Haushaltsplan 2019 bereitgestellten Mittel in Höhe von 150.000 Euro für Maßnahmen zur Stadtverschönerung nach Maßgabe des vom Finanzausschuss am 03.04.2017 beschlossenen Kriterienkatalogs wie folgt zu verwenden:

Maßnahme	Betrag in Euro
Ehrenfeld erblühen lassen – Verteilaktion von Pflanzen und Saatgutmischungen für Bienen, Wildbienen und Insekten	5.000,00
Summe:	5.000,00

Die Aufwendungen stehen im Teilergebnisplan 1301 Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Teilplanzelle 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung.

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der Mittel in Höhe von 5.000,00 Euro für die von der Bezirksvertretung Ehrenfeld beschlossenen Maßnahmen. Die entsprechenden Aufwendungen stehen im Haushaltsplan 2019 im Teilergebnisplan 1301 – Öffentliches Grün, Wald- u. Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, in Teilplanzelle 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung.
3. Der Ausschuss für Umwelt und Grün nimmt die Beschlussfassung zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, die Maßnahmen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.1.4 Stadtklima-/Stadtverschönerungsprogramm 2019 - Bäume, Brunnen, Blumen und Gewässer im Stadtbezirk Mülheim 3185/2019

SB Herr Schallehn merkt kritisch an, dass die Unterplattierung beim Aufstellen der Bänke, also die zusätzliche Versiegelung in Parkanlagen, aus Umweltgesichtspunkten für ihn nicht nachvollziehbar sei. Er bittet die Verwaltung, hinsichtlich der Ausführung noch mal mit der BV zu sprechen und zu fragen, ob die Unterplattierung an der Stelle wirklich nötig sei.

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Mülheim beschließt, einen Teil der vom Rat im Haushaltsjahr 2019 bereitgestellten Mittel in Höhe von 150.000 € für Maßnahmen zur Stadtverschönerung nach Maßgabe des vom Finanzausschuss am 03.04.2017 beschlossenen Kriterienkatalogs wie folgt zu verwenden:

Nr.	Maßnahme	Betrag in Euro
1	Aufwerten und Optimierung von Bankstandorten im Stadtbezirk Mülheim - Unterplattierungen - Erneuerung maroder Bänke - Ergänzung von Bankstandorten	80.000,00
2	Blumenwiesen Clevischer Ring / Mülheimer Zubringer / Waldecker Str. - Einsaat / Unterhaltungspflege	15.000,00
3	Erneuerung der Boulebahn Dünnwalder Turnverein - Erneuerung der Boulebahn - Erneuerung der Bänke und Tische Auszahlung erfolgt nur, wenn der Dünnwalder Turnverein einen entsprechenden Antrag einreicht.	12.000,00
4	Bolzplatz von-Bodelschwingh-Str. - Jugendsitzbänke am Spielfeld	8.000,00
	Summe:	maximal 115.000,00 €

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe der Mittel 2019 in Höhe von 115.000 € für die von der Bezirksvertretung Mülheim vorgesehenen Maßnahmen. Die entsprechenden Aufwendungen stehen im Haushaltsplan 2019 im Teilergebnisplan 1301 Öffentliches Grün, Wald- und Forstwirtschaft, Erholungsanlagen, Teilplanzeile 13 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung.
3. Der Ausschuss für Umwelt und Grün nimmt die Beschlussfassung zur Kenntnis und bittet die Verwaltung, die Maßnahmen umzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.1.5 Konzept "Essbare Stadt"
3117/2019**

SB Herr Becker dankt im Namen der SPD-Fraktion der Verwaltung und insbesondere den Mitgliedern des Ernährungsrates und Agora Köln für ihr Engagement und die geleistete Arbeit bei der Erstellung des Aktionsplanes in den letzten drei Jahren. Er beantragt, den Beschlusstext zur besseren Verständlichkeit - auch für die Bezirksvertretungen - etwas abzuändern und schlägt folgenden Text vor:

„Der Ausschuss Umwelt und Grün begrüßt den von der Verwaltung mit dem Ernährungsrat und Agora Köln in einem umfassenden Beteiligungsprozess ausgearbeiteten Maßnahmenkatalog auf der Grundlage des Aktionsplans.

Die daraus abgeleiteten Fazite werden zunächst zur Kenntnis genommen.

Die Vorlage ist mit einem Erläuterungstext, der eine Gliederung enthält und den konzeptionellen Ansatz beschreibt, von der Verwaltung an die Bezirksvertretungen zu geben.

Mit den Stellungnahmen aus den Bezirken ist der Maßnahmenkatalog zu überarbeiten, erneut mit dem Ernährungsrat abzustimmen und schließlich dem Ausschuss Umwelt und Grün zur Beschlussfassung vorzulegen.“

RM Frau Welcker ist für die CDU-Fraktion mit der Änderung des Beschlusstextes einverstanden.

SE Frau Dr von Mikecz bittet hinsichtlich der Betreuung von Obstwiesen, diese für weitere Akteure zu öffnen, sodass mehr Bürgerinnen und Bürger als Paten beteiligt werden können. Dies würde auch dem Konzept entsprechen.

Herr Kaune bestätigt Frau Dr von Mikecz, dass die Verwaltung gerne dieser Bitte entsprechen werde. Man suche fortwährend Paten und begrüße daher auch weitere Patenschaften in diesem Bereich.

An Herrn Becker gewandt räumt er ein, dass man die Kritik annehme und die Darstellung ändern werde, damit die Erläuterungen auch für die Bezirksvertretungen verständlicher sind. Man wolle die Bezirke stärken, ihre Stellungnahmen und Wünsche einarbeiten und anschließend nach Abstimmung mit dem Ernährungsrat die überarbeitete Vorlage dem Ausschuss zur Beschlussfassung vorlegen.

Auf Nachfrage von SE Frau Lange informiert Herr Kaune darüber, dass mit dieser Vorlage der Rahmen für die Maßnahme vorgegeben werde. Inwieweit die Maßnahme umgesetzt werde, hänge von der gesicherten Finanzierung im Rahmen der Haushaltsplanberatungen ab. Der Verwaltung sei es wichtig gewesen, den Ausschuss als Politik über das Maßnahmenprogramm in Kenntnis zu setzen.

RM Frau Welcker bestätigt, dass diese Maßnahme in den politischen Veränderungsnachweis aufgenommen werden müsste. Eine Finanzierung könnte dann im Rahmen der Haushaltsplanberatungen über den Veränderungsnachweis beschlossen werden.

Der Ausschussvorsitzende stellt den von SB Herrn Becker mündlich beantragten Änderungstext zur Abstimmung:

geänderter Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün begrüßt den von der Verwaltung mit dem Ernährungsrat und Agora Köln in einem umfassenden Beteiligungsprozess ausgearbeiteten Maßnahmenkatalog auf der Grundlage des Aktionsplans.

Die daraus abgeleiteten Fazite werden zunächst zur Kenntnis genommen.

Die Vorlage ist mit einem Erläuterungstext, der eine Gliederung enthält und den konzeptionellen Ansatz beschreibt, von der Verwaltung an die Bezirksvertretungen zu geben.

Mit den Stellungnahmen aus den Bezirken ist der Maßnahmenkatalog zu überarbeiten, erneut mit dem Ernährungsrat abzustimmen und schließlich dem Ausschuss Umwelt und Grün zur Beschlussfassung vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.1.6 Satzung der Stadt Köln zur Erhebung von Verwaltungsgebühren für die Kontrolle von Einfuhren von tierischen Produkten jeder Art aus nicht EU-Ländern nach EU-Recht
3218/2019**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt dem Rat, wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Satzung der Stadt Köln zur Erhebung von Verwaltungsgebühren für die Kontrolle von Einfuhren von tierischen Produkten jeder Art aus Nicht-EU-Ländern nach EU-Recht und nimmt die als Anlage 2 beigefügte Gebührenbedarfsberechnung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.1.7 Sürther Feld in Köln-Rodenkirchen - Ausbau der öffentlichen Grünflächen im 2. BA
2677/2019**

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün empfiehlt der Bezirksvertretung Rodenkirchen, wie folgt zu beschließen:

Die Bezirksvertretung Rodenkirchen beschließt die konkrete Ausgestaltung der öffentlichen Grünflächen im Bereich des 2. Bauabschnittes Sürther Feld und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung auf der Grundlage der vorgelegten Ausführungsplanung mit Gesamtkosten in Höhe von 584.800 €.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**4.1.8 Stadtentwässerungsbetriebe Köln (StEB), AöR: Abwassergebührensatzung 2020
3395/2019**

Ausschussvorsitzender RM Herr Struwe fragt Frau Overberg hinsichtlich der Dringlichkeit der Vorlage, die als Tischvorlage umgedruckt wurde, warum diese unbedingt in der Novembersitzung und nicht im Dezember beschlossen werden müsse, da die Abwassergebührensatzung erst am 31.12.2019 veröffentlicht werden müsse.

RM Herr Brust schlägt vor, die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen, da sie bereits im Verwaltungsrat der StEB beschlossen worden sei und sich an den Gebühren nichts ändere.

Die Ausschussmitglieder sind mit dem Vorschlag einverstanden.

Beschluss:

Der Ausschuss Umwelt und Grün verweist die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4.2 Allgemeine Beschlussvorlagen (Entscheidung)

4.2.1 Umbau und Erweiterung des denkmalgeschützten Bahnhof Belvedere zu einer öffentlichen Begegnungsstätte, Belvederestr. in Köln-Müngersdorf, LB 3.04 "Parkrest von Haus Belvedere und Gehölzbestände an der Waldschule in Müngersdorf"; L11 Äußerer Grüngürtel, Nüssenberger Busch bis Müngersdorf" hier: Widerspruchsverfahren nach § 75 LNatSchG i.V.m. § 67 BNatSchG 2973/2019

Ausschussvorsitzender RM Herr Struwe weist auf die als Tischvorlage umgedruckte Bürgereingabe hin, zu diesem Beschluss eine Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen. Die Verwaltung habe dazu, ebenfalls als Tischvorlage, eine Stellungnahme abgegeben, keine Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen, da kein Gestaltungsspielraum vorliege. Der Ausschuss Umwelt und Grün vollziehe einen formalen Akt und werde im Rahmen des Befreiungsverfahrens gemäß § 67 (1) Bundesnaturschutzgesetz beteiligt. Daher sehe er ebenfalls keine Möglichkeit der Beteiligung.

SE Frau Lange betont namens der Fraktion Die Linke, dass der Beirat bei der Unteren Naturschutzbehörde sehr sorgfältig gearbeitet habe, alle Alternativen geprüft und eine vorgelegt habe. Die Fraktion Die Linke plädiere dafür, den Widerspruch aufrecht zu erhalten und das Vorhaben in der Variante 2 umzusetzen.

Herr Peschen stimmt Frau Lange zu, dass das Votum des Beirates durchaus fundiert formuliert worden sei. Die Verwaltung habe sich im Laufe eines langen Prozesses mit dem Förderverein, der eine Reihe von Kompromissen eingegangen sei, auf eine tragfähige Lösung geeinigt. Daher sei es wichtig, einen Schritt weiterzukommen, indem man die finale Entscheidung der Höheren Naturschutzbehörde überlasse.

Anschließend lässt der Ausschussvorsitzende über den Verwaltungsvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt und Grün hält den Widerspruch des Beirates bei der Unteren Naturschutzbehörde für unberechtigt und stimmt einer Befreiung von den Verboten des Landschaftsplans gemäß § 67 Abs. 1 Nr. 1 BNatSchG i.V.m. § 75 LNatSchG NW mit der Folge zu, dass die Untere Naturschutzbehörde den Vorgang der Bezirksregierung Köln, Höhere Naturschutzbehörde, zur abschließenden Entscheidung vorzulegen hat.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt mit den Stimmen von CDU-Fraktion, SPD-Fraktion, Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen und FDP-Fraktion **gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke.**

Anschließend lässt der Ausschussvorsitzende darüber abstimmen, dem Vorschlag der Verwaltung zu folgen und keine Öffentlichkeitsbeteiligung durchzuführen.

Beschluss

Es wird keine Öffentlichkeitsbeteiligung durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

5 Mitberatung von Planungsvorlagen

Hierzu liegt nichts vor.

6 Umweltprüfungen und UVP-relevante Planungen und Projekte

Hierzu liegt nichts vor.

7 Mitteilungen

7.1 Überprüfung des Kölner Grundwassers auf Pflanzenschutzmittel 2263/2019

SE Herr Geske merkt an, dass drei der Proben, die höhere Grenzwerte aufwiesen, in unmittelbarer Nähe von großen Geländen der Deutschen Bahn AG (DB) genommen wurden. Die DB sei in Deutschland der Hauptnutzer von Glyphosat. Herr Geske möchte wissen, ob die Umweltverwaltung hier einen Zusammenhang sehe bzw. in dieser Angelegenheit Kontakt mit der DB aufgenommen habe.

SE Herr Donath spricht den „Geringfügigkeitsschwellenwert“ an und fragt, was darunter im Zusammenhang mit Glyphosat und AMPA zu verstehen sei und wann die Ergebnisse der Zusatzbeprobungen an der ICE-Messstelle vorliegen.

RM Herr Brust vermutet einen Zusammenhang zwischen den erhöhten Messwerten und dem Gebrauch von Glyphosat durch die DB. Er bittet um Information darüber, ob die Stadt Köln der DB in Wasserschutzgebieten das Spritzen verbieten könne. Außerdem erinnert er an eine Angelegenheit aus einer der vorangegangenen Sitzungen, als er fragte, ob die Kölnerinnen und Kölner, so wie in Bonn die Anwohnerinnen und Anwohner der DB, über Spritzmaßnahmen informiert werden können.

SB Herr Becker möchte wissen, wie weit die Messwerte an den übrigen Messstellen, wo keine Überschreitung vorliegt, von den Grenzwerten entfernt sind.

SB Herr Dr. Albach fragt, wie sich die Werte der Stadt Köln im Vergleich zu anderen Städten im Regierungsbezirk positionieren.

Frau Brammen-Petry nimmt zu den Anfragen und Kritikpunkten Stellung.

Sie erläutert, dass an 6 von 200 beprobten Messstellen geringe Überschreitungen festgestellt worden seien. Die LN 34, eine Messstelle in Weidenpesch, befinde sich in der Nähe einer großen Bahnanlage und des ICE-Ausbesserungswerkes, was den Verdacht eines Zusammenhangs nahelege. Man könne dies jedoch derzeit noch nicht mit Sicherheit sagen, aber auch nicht ausschließen.

In der Nähe liegen diverse Anfang Oktober beprobte Messstellen. In einigen Wochen werden die Ergebnisse vorliegen. Einige dieser Messstellen liegen im Grundwasseranstrom der LN 34, andere im Grundwasserabstrom, sodass man dann eindeutigere Ergebnisse erhalten könne. Über diese Ergebnisse werde die Verwaltung im Ausschuss berichten.

Das Gleiche habe man an der Messstelle RS 29 in Porz unternommen. Auch dort seien bereits im September Nachbeprobungen an mehreren Messstellen erfolgt. Diese Ergebnisse liegen ebenfalls noch nicht vor.

Der bundesweit gültige „Geringfügigkeitsschwellenwert“ (GFS) sei der Wert, dessen Überschreitung im Grundwasser zu weiteren Untersuchungen seitens der Behörden führe. Er liege bei 0,1 µg/l für jedes einzelne Pflanzenschutzmittel, also sowohl für Glyphosat, als auch für dessen Abbauprodukt AMPA.

An den 6 Messstellen sei man nicht weit vom Grenzwert entfernt. Die Ergebnisse seien ausgewiesen und betragen 0,4 µg/l, 0,11 µg/l oder 0,22 µg/l, sie lägen also knapp über dem GFS. Auch habe man nur ganz lokal und kleinräumig Auffälligkeiten festgestellt, bei denen es sich um Einzelbefunde handle.

Herr Peschen verdeutlicht, dass dieses Problem auch in vielen anderen deutschen Städten bekannt sei. Daher empfehle es sich, die Angelegenheit in etwas größerem Rahmen zu betrachten, um Einfluss auf die DB zu nehmen.

In Bonn habe eine politische Initiative die DB zur Information der Anwohnerinnen und Anwohner bewegt. Er werde versuchen, auf der Ebene des Städtetags initiativ zu werden und dem Ausschuss beim nächsten Mal darüber berichten.

SE Herr Feles schlägt vor, zusätzlich zum Städtetag über die Bundesspolitik Einfluss auf die DB AG zu nehmen, da dies wie gesagt ein deutschlandweites Problem sei und die DB immer noch im Eigentum des Staates sei.

Frau Brammen-Petry erklärt, dass die Stadt Köln über den Deutschen Städtetag in verschiedenen Gremien organisiert sei. Dort sei das Thema Glyphosat und Pflanzenschutzmittel allgemein, insbesondere vor dem Hintergrund Biodiversität und Artensterben ein wichtiger Punkt, an dem gearbeitet werde. Daher sei sie zuversichtlich, dass über den Städtetag Einfluss auf die DB AG genommen werden könne.

An Herrn Dr. Albach gewandt erklärt sie, dass man jetzt nur das Stadtgebiet untersucht habe. Es gebe Landesdatenbanken, in denen Grundwasserdaten aus NRW stehen. Die Verwaltung werde versuchen, einen Vergleich zu finden, wie die Stadt Köln im Vergleich zu anderen Städten dastehe und die Frage schriftlich beantworten

Herr Peschen ergänzt, dass die Einzelbefunde bei dieser Grundwasserkartierung für die Kölner Trinkwasserversorgung ohne jeden Belang sind und keinen Einfluss auf diese haben. Das Kölner Trinkwasser sei einwandfrei, von hoher Qualität und insbesondere frei von Fremdstoffen wie denen, die gefunden wurden.

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die mündlichen Ausführungen von Frau Brammen-Petry und Herrn Peschen sowie die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis

7.2 Mitteilung zum Sachstand der Stilllegungsmaßnahme der Altdeponie "Linder Mauspfad" in Köln Porz-Lind 2542/2019

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis

7.3 Forsteinrichtungswerk für den Waldbesitz der Stadt Köln Flächenkonzept Referenzflächen hier: Benennen von Flächen für eine un gelenkte Sukzession 2848/2019

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis

**7.4 Sachstandsbericht "Starke Veedel - Starkes Köln"
2933/2019**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis

**7.5 Betreuter Taubenschlag für das Pilotprojekt am Hansaring
3211/2019**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis

**7.6 Bürgereingabe nach § 24 GO - "Kommunaler Insektenschutz"
3216/2019**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis

**7.7 Beantwortung der SPD Anfrage AN/1057/2019 zum Ausbau Godorfer Hafen
3027/2019**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis

**7.8 Sachstand der Umsetzung zum Beschluss AN/0076/2018 "Bienenfreundliches Köln"
3324/2019**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis

**7.9 Fortschreibung des Landschaftsplans Köln (12. Änderung)
Überarbeitung der allgemeinen textlichen Festsetzungen für Schutzgebiete
hier: erneute öffentliche Auslegung
3201/2019**

Der Ausschuss Umwelt und Grün nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis

**7.10 Bewirtschaftung des städtischen Waldes 2019/2020
3326/2019**

Dieser Punkt wurde zusammen mit dem Vortrag von Herrn Bouwman hinter TOP C gesetzt.

8 Beantwortung von mündlichen Anfragen aus früheren Sitzungen

Hierzu liegt nichts vor.

9 Mündliche Anfragen

9.1 Mündliche Anfrage von Herrn Götz Förderfähigkeit von Pacht- bzw. Contracting-Photovoltaikanlagen

RM Herr Götz fragt hinsichtlich des Förderprogramms der Stadt für die Errichtung von Photovoltaikanlagen, ob es richtig sei, dass dieses nicht greife, wenn über die Rhein Energie im Wege des Contractings oder ähnlicher Mietmodelle eine solche Anlage installiert werden solle. Wenn dies zutrefte, möchte Herr Götz wissen, ob dies Absicht oder ein Fehler in der Förderrichtlinie sei.

Herr Dr. Rau sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

9.2 Mündliche Anfrage von Frau Lange CO₂-Ausstoß Flughafen Köln/Bonn

SE Frau Lange merkt an, dass in einer der letzten Sitzungen nach dem CO₂-Ausstoß am Flughafen Köln/Bonn gefragt worden sei.

Sie möchte wissen, ob inzwischen ein Ergebnis vorliege.

Herr Peschen sichert zu, dies noch mal zu klären.

9.3 Mündliche Anfrage von Herrn Brust Europaweite Ausschreibung von ordnungsbehördlichen Bestattungen

RM Herr Brust berichtet von einem Presseartikel, nach dem bei ordnungsbehördlichen Bestattungen, wenn es keine Angehörigen gibt, die Stadt Köln die Einäscherung bezahlt und diese europaweit ausgeschrieben werde.

Er fragt, ob dies tatsächlich zutrefte.

Herr Kaune informiert darüber, dass das Ordnungsamt für die Einäscherung zuständig sei. Nach seiner Kenntnis haben Firmen aus Köln die letzten drei Ausschreibungen gewonnen. Er werde sich aber nochmal beim Ordnungsamt erkundigen.

gez. Rafael Christof Struwe
(Ausschussvorsitzender)

gez. Barbara Bültge-Oswald
(Schriftführerin)